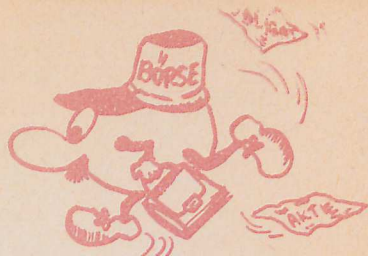


DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

SS 1977 / Nr. 12

Neues von "Mülltcnn" Friedman

(Neue Zürcher Zeitung, vom 26. 5. 1977)

Israels designierter Finanzminister, der Liberale Simcha Ehrlich, hat Professor Milton Friedman, den Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, um Unterstützung gebeten. Friedman, der an der Universität von Chicago Nationalökonomie lehrt, will Ehrlichs Bitte erfüllen und dem künftigen Likud-Kabinett als ständiger Berater dienen.

Ehrlich wählte Friedman, den schon die Arbeiterpartei gelegentlich konsultiert hatte, auf Grund seiner konservativen Wirtschaftstheorie. Friedman riet der noch zu bildenden neuen Regierung in seiner zustimmenden Antwort, die aufgeblähten Staatsbetriebe zurückzustutzen und Privatunternehmern freie Hand zu gewähren; einzig die Rüstungsindustrie dürfe bei Israels aussen- und sicherheitspolitischer Lage verstaatlicht bleiben. Der konservative Professor sprach sich für ein Schiedsgericht in Arbeitskonflikten aus und billigte Ehrlichs Absicht, im Kampf gegen die Inflation mehr Arbeitslose in Kauf zu nehmen. In Übereinstimmung mit dem Likud-Programm befürwortete Friedman freiere Devisengesetze, Kürzungen im bürokratischen Apparat und eine drastische Einschränkung der Gewerkschaftsmacht.

(Alle Hervorhebungen laut NZZ)

Zu Prof. Milton Friedman's segensreicher Tätigkeit in früheren Zeiten vergleiche: RBK Nr. 8/1976, Nr. 9/ WS 1976, Nr. 1/SS 1977

Ein Beispiel für die Lächerlichkeit der ÖSU

"Wir sind die,... die intensiv an einer ständigen qualitativen Verbesserung des Lehrbetriebes arbeiten... und nicht die, die sich sozialliberal tarnen und letzten Endes doch auf der Basis eines sturen Marxismus-Leninismus leise dahintastierend viel Lärm um nichts machen..."

So steht's - auf teurem Kunstdruckpapier - in dem von der ÖSU herausgegebenen "sowi-forum" (Nr.5, S.2). Jeder SOWI-Student bekam dieses Blättchen vor der ÖH-Wahl zugeschickt. Ihm war auch zu entnehmen, daß Erich Rachel für die ÖSU als Studienrichtungsvertreter kandidiert und er sich besonders "in Richtung Verbesserung der Studienbedingung" (S.5) engagiert.

Der engagierte ÖSULER Rachel wurde daher am 11. Mai gefragt, wie er und die ÖSU sich zur Berufung Tuchtfeldts stellen. Gefragt wurde zu einer Zeit, als das Gespräch zwischen Studenten und Tuchtfeldt schon stattgefunden hatte und der RBK das Protokoll darüber schon veröffentlicht hatte. Dem Möchtegern-Studienrichtungsvertreter war die Frage sichtlich unangenehm, aber er blieb ehrlich und antwortete: "Wir haben uns dazu noch nichts überlegt".

Als darauf die Frage kam, wieso er es wage, als Studienrichtungsvertreter zu kandidieren, ohne sich zu Tuchtfeldt etwas überlegt zu haben, war 's aus mit seinem Engagement: Er zog es vor zu schweigen.

Wenig Minuten später wurde ein anderer ÖSU-StKV-Kandidat, Thomas Hajnoczi, gefragt, wie es die ÖSU mit Tuchtfeldt hält. Er sah die Möglichkeit sich grenzenlos zu blamieren deutlicher als Rachel und antwortete daher: "Wir (!) sind natürlich gegen Tuchtfeldt."

Der RBK bemühte sich, die beiden Sätze zu interpretieren, und ist zu folgenden Schlüssen gelangt:

1. ÖSULER neigen dazu, aus kompensatorischem Größenwahn über sich im Majestätsplural zu sprechen.
2. Das läßt die Täuschung entstehen, daß innerhalb der ÖSU über Probleme diskutiert wird. Diese Täuschung ist aber im beschriebenen Fall mißlungen.
3. Die zu den ersten beiden Punkten gehörende Charakterstruktur der ÖSULER ist entweder einer großen Zahl von Studenten unbekannt oder sie deckt sich mit deren Charakter. Beides erklärt, wieso die ÖSU trotz ihrer Lächerlichkeit bei der ÖH-Wahl fast 50% der Stimmen bekommen hat.

NEUES ÜBER DAS FAKULTÄTSGESCHEHEN
=====

Nußbaumer und sein Assistent Karsch

Prof. Nußbaumer hat den Studenten an unserer Fakultät noch nie sehr viel über Ökonomie zu sagen gehabt. Zwei Gründe waren dafür maßgebend:

- 1) Er hat inhaltlich nichts über Ökonomie zu sagen, weil er darin nicht allzu sehr bewandert ist.
- 2) Neben seinem Professorenamt ließen ihn folgende außeruniversitäre Tätigkeiten für die Lehre nicht allzu viel Zeit:
 - Aufsichtsrat der Investitionskredit AG
 - mit ÖVP-Unterstützung Präsident des Verwaltungsrates der Postsparkasse
 - Vizepräsident des Wiener Instituts f. internationale Wirtschaftsvergleiche
 - Vizechef der Österr. Gesellschaft f. Raumforschung und Raumplanung
 - Präsident in der von Landwirtschaftskammern und Bauernbund (ÖVP) dominierten Österr. Gesellschaft f. Land- und Forstwirtschaftspolitik

In Zukunft wird er den hiesigen Studenten noch weniger zu sagen haben, denn er wird für 25 Wochenstunden in die Abt. IV des Bundeskanzleramtes überwechseln. Daß in der Sozialdemokratie bzw. in den von den Sozialdemokraten bestimmbaren Institutionen schon öfters ausgesprochene Reaktionäre Platz gefunden haben wundert nun daran nicht. Daß Nußbaumer jedoch neben all diesen außeruniversitären Tätigkeiten, formal weiterhin seine Professorentätigkeit ausüben kann und sein Professorengehalt von über 30.000,-- S beziehen kann, ohne tatsächlich auf der Universität und damit an seinem Arbeitsplatz zu sein, ist doch zuviel des Schlechten. Jeder normale Lohnabhängige würde von seinem Arbeit"geber" in einer solchen Situation hinausfliegen. Nußbaumer soll sich ruhig an den politisch und finanziell Meistbietenden verkaufen, wir sind nun auch nicht scharf

darauf sein Geschwätz über Ökonomie zu hören, er sollte jedoch zumindest seinen Professorenposten aufstecken bzw. sich beurlauben lassen, damit ein anderer Prof. berufen werden kann bzw. die ausfallenden Lehrveranstaltungen Nußbaumers ersetzt werden können. Schlechter wie bei Nußbaumer kann's sowieso nicht werden.

Professoren hatten und haben immer noch Assistenten, d.h. die Assistenten "gehören" den Professoren. Sie sind von den Professoren abhängig; die Professoren können ihnen großteils vorschreiben, was sie zu tun haben. So auch Prof. Nußbaumer, der u. a. einen Ass. namens Karsch hat. Bereits seit 9 Jahren "gehört" Karsch Prof. Nußbaumer. In der vergangenen Fakultätssitzung sollte der Vertrag von Karsch um weitere 2 Jahre verlängert werden.

Jeder der in einer Übung von Karsch saß, weiß, daß weder seine pädagogischen Kenntnisse noch seine inhaltlichen Fähigkeiten ihn in die Lage versetzen, den Studenten von VWL eine Ahnung bekommen zu lassen. Nachdem wir uns auch noch über seine Forschungsqualifikationen anhand seiner Publikationsliste erkundigt hatten und sahen, daß Karsch auch dort nicht viel aufzuweisen hat, entschlossen wir uns, daß wir seine Weiterverlängerung ablehnen würden. Unsere Ablehnung fand im Fakultätskollegium mehrheitliche Zustimmung. Wir waren uns darüber im klaren, daß die Ablehnung für Karsch eine vorübergehende Härte bedeuten würde, indem er sich nach einem anderen Arbeitsplatz umschauen muß. Wir wissen auch, daß Karsch nur zum geringeren Teil daran Schuld ist, daß seine Lehr- und Forschungsqualifikationen so gering sind. Der Hauptteil der Schuld dürfte vielmehr bei Prof. Nußbaumer liegen. Ass. können von Prof. nämlich vorwiegend für administrative Verwaltungsarbeit eingesetzt werden, was den Ass. es dann verunmöglicht, sich ausreichend zu qualifizieren.

Wenn man nun Nußbaumers Tätigkeitswust, der nichts mit der Uni zu tun hat, in Betracht zieht, der sicherlich genug Verwaltungstätigkeiten zusätzlich zu inneruniversitären administrativen Arbeiten mit sich brachte und bringt, so

scheint es doch naheliegend, wofür Karsch während seiner Assistententätigkeit herangezogen wurde. Außerdem hört man von Nußbaumer, daß solcherlei Assistentenverwendung zu seinen Hobbies gehören soll.

Den Studentenvertretern angesichts dieser Tatsachen einen Vorwurf zu machen, weil sie Karsch wegen offensichtlicher Mängel nicht mehr weiterbestellen wollten, zielt daneben. Es ist vielmehr Prof. Nußbaumer, der die Verantwortung für Karsch hauptsächlich zu übernehmen hat. Studenten haben schließlich ein Anrecht darauf von didaktisch und inhaltlich qualifizierten Assistenten unterrichtet zu werden. Wäre es rechtlich möglich, wo würden wir sicher sofort einen Absetzungsantrag für Prof. Nußbaumer stellen.

Lehrstuhlbesetzung für Wirtschaftspolitik

Gerüchte besagen, daß Tuchtfeldt kurz vor der endgültigen Erledigung steht. Sein Unwissen und sein Erzkonservativismus scheinen den offiziellen Stellen denn doch zu viel zu sein.

Die Ass. an unserer Fakultät haben bereits Doz. Winckler für diesen Lehrstuhl vorgeschlagen. Prof. Nowotny aus Linz ist auch im Gespräch. Jedenfalls hat sich bereits eine Berufungskommission konstituiert, die sich über die Lehrstuhlbesetzung erneut Gedanken machen wird, nachdem Tuchtfeldt ein Versager zu werden droht.

Prof. Vogt kommt im WS 77/78

Prof. Vogt aus Regensburg hat nun endgültig zugesagt, im WS 77/78 eine Vorlesung über Wachstums- und Konjunkturtheorie und ein Seminar über Wachstums- und Entwicklungstheorie abzuhalten. Vogt ist ein profiliertter Kritiker der bürgerlichen Nationalökonomie, wie sie sich uns in Form von Nußbauers, Streißlers, Bös' und Webers gegenüberstellt. Streißler soll deshalb einmal auf einer internationalen Ökonomentagung gesagt haben: "Schauen wir, daß es nicht zu viele Vögte gibt".

Wer etwas von Prof. Vogt lesen möchte, der sei auf den Sammelband "Seminar Politische Ökonomie" verwiesen, der von Vogt herausgegeben worden ist und indem auch ein Aufsatz von ihm zu lesen ist. (Außerdem noch Aufsätze von Robinson, Galbraith, Kade, Sweezy, Rowthorn, Kaldor, Wolfstetter, etc.) Weiter Aufsätze von Vogt sind in der deutschen Zeitschrift "Leviathan" erschienen, und zwar in den Jahrgängen 1973 und 1974; diese haben die langfristige ökonomische Entwicklung von kapitalistischen Systemen zum Inhalt.

Semestereinführungsblock im WS 77/78

Jeder von uns weiß, wie orientierungslos er als Studienanfänger von einer Schwierigkeit zur anderen gestolpert ist. Man weiß, wenn man nicht gerade zufällig einen Bekannten hat, der Student ist, und das betreffende Fach studiert, fast überhaupt nichts über die einzelnen Studienrichtungen, über den Studienaufbau, über den Standort der Räumlichkeiten, wie man Stipendien erhält, welche Prof. für die einzelnen Studienrichtungen zuständig sind, was die Österr. Hochschülerschaft und deren einzelnen Unterabteilungen für Aufgaben haben, inwieweit die Studenten mitzubestimmen haben, etc. etc. etc.. Die bisherige Form der individuellen Studienberatung hat diese Informationsprobleme jedenfalls nicht meistern können.

Dazu kommt noch, daß das in der Mittelschule bestehende feste Klassengefüge nicht mehr besteht und deshalb die Vereinzelung und Isolation der einzelnen Studenten äußerst stark ist. Der ohnehin schon bestehende Konkurrenzkampf von jedem gegen jeden wird dadurch noch verstärkt, solidarische Verhaltensweisen verunmöglicht. Doch wo wir isoliert und vereinzelt sind und nur durch die Konkurrenz zueinander in Beziehung treten, sind wir den Institutionen (Profes, Ministerium) hilflos ausgeliefert. Wir sind unfähig, Prüfungsverscherfungen abzuwehren, andere Lehr- und Lernformen zu erarbeiten, Inhalte kritisch aufzunehmen, usw.

Außerdem ist den meisten unklar, warum sie gerade diese und nicht jene Studienrichtung gewählt haben. Man hat lediglich diffuse Informationen und Erwartungen und ist dann meistens über das Studium an sich und auch über das konkrete Fach enttäuscht und frustriert. Was man mit den gelernten Inhalten später einmal anfangen soll, steht für die meisten sowieso in den Sternen. Zuerst weiß man also nicht, was man zu lernen hat und wenn man's dann weiß, bleibt unklar wofür man es zu lernen hat.

Um einige dieser Schwierigkeiten zu beseitigen, wurde auf Antrag der LILI-Vertreter in der Fakultät ein sogenannter Semestereinführungsblock für SOWI's, eine Form erweiterter Studienberatung für Studienanfänger, die in der ersten Oktoberwoche stattfinden soll, beschlossen. Die bisherige Form der Studienberatung wird natürlich beibehalten werden.

An den Vormittagen (MO bis Freitag) sollen jeweils von 9 - 11 Uhr Profs der VWL, BWL, Mathe/Stat., Soziologie, Politologie die Grundprobleme, Grundfragestellungen und alternativen Lösungsversuche dieser Fachgebiete referieren; dabei soll auch auf den Stellenwert der einzelnen Fachgebiete im Rahmen der einzelnen Sowi-Studienrichtungen eingegangen werden. Anschließend wird in einigen wichtigen Nebenfächern wie Öffentl. Recht, Privatrecht, Arbeits- und Sozialrecht, Wirtschaftsgeschichte, etc. etc. daselbe geschehen. Diese Veranstaltungen sollen in Form von Großvorträgen stattfinden.

An den Nachmittagen werden dann alle Studenten in Kleingruppen aufgeteilt werden. Diese Gruppen sollen ca. 10 bis 25 Leute umfassen und von höhersemestrigen Studenten, die sich speziell darauf vorbereiten, geleitet werden. Dabei soll u.a. folgender Problemerkatalog durchdiskutiert werden: Aufbau der einzelnen Sowi-Studienrichtungen (Ahnstg, Sowi-Gesetz, Studienordnungen, Studienpläne); Reform der Sowi-Studien, Prüfungsmodi in den verschiedenen Fächern, Durchfallsraten in den einzelnen Fächern, Aufbau der Universität (UOG), Aufbau und Aufgaben der OH, Wohnungs- und soziale Situation der Studenten, die einzelnen politischen Gruppen an der Fak., Geschichte der Fak. in den letzten Jahren (Auseinander-

setzungen, Veränderungen etc.). Dieser Probleenkatalog ist natürlich nicht vollständig und auch nicht fix; die anwesenden Studenten können durch Fragen diesen Katalog jederzeit umstossen oder erweitern.

In der zweiten Oktoberwoche werden dann noch eine bis zwei Abendveranstaltungen über die Berufsmöglichkeiten, Tätigkeitsfelder von Sowi-Studenten abgehalten werden; Leute von Arbeiterkammern, Bundeswirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund, Industriellenvereinigung, multinationalen Konzernen, Banken Versicherungen, Nationalbank, Ministerien, sowie Betriebe entsprechender Unternehmungen sollen darüber informieren. Dadurch soll die Abklärung der Berufsmotivationen erleichtert werden, wodurch die Studienmotivation ebenfalls klarer werden wird.

Am kommenden Dienstag, den 31. 5. 77 werden wir über den genauere Ausgestaltung des Semestereinführungsblockes diskutieren. Wer glaubt, etwas dazu sagen zu können bzw. wer sich informieren will, der soll kommen.

=====

Im Börsenkrach wurde von immer mehr Mitarbeitern, das Bedürfnis nach verstärkter Theorieaufarbeitung geäußert, um zu einem klareren politischen Selbstverständnis zu kommen.

Donnerstag, den
Deshalb veranstalten wir am 9. Juni (Feiertag)
ein Seminar über Leninismus im allgemeinen und
die Leninsche Revolutions- und Organisations-
theorie im besonderen.

Die Veranstaltung findet im Porrhaus, Träitlstraße 4
(nahe Karlsplatz) im 4. Stock statt. Bis dahin lesen
wir folgende Texte: Ernest Mandel: "Lenin und das
Problem des proletarischen Klassenbewußtseins"
Oskar Negt: "Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen
organisieren".

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger und für den
Inhalt verantwortlich: Christine Goldberg, 1120 Spittelbreiten-
gasse 30/21.

Zum Artikel "Beitrag zu einem längst fälligen Diskussionsprozess im Börsenkrach", RBK Nr. 11, erreichte uns folgender Leserbrief:

Zu Eurem Artikel: "Beitrag zu einem längst fälligen Diskussionsprozess im Börsenkrach", S. 3 ff., möchte ich als herkunftsmässig Aussenstehender (d.h. Nicht-Linker) eine Tendenz im RBK, "bürgerliche Aktivitäten" auf Kosten der teilweise brillanten Beiträge zu initiieren, ausdrücklich bedauern.

"Hohe Menschlichkeitsrate" ist sicher in keiner Organisation leicht zu erreichen, doch liegt für mich die Anziehungskraft des RBK in seinen intellektuellen Potential und Niveau. Vielleicht ist Euer Wahlerfolg darauf zurückzuführen. Redaktionelle Schwierigkeiten sollten nicht Eure ohnehin geringe Seitenzahl boulevardblattmässig füllen. Trocknet die Kindertränen - bleibt qualitativ orientiert!

Herzlichst M. M.

(Name und Anschrift der Redaktion bekannt)

- - - - -

Entgegnung

Wie ich bereits öffentlich gegenüber den Studierenden erklärt habe, ist die in der Nr.9, SS 77 von "Der Rote Börsenkrach" über mich abgedruckte Behauptung, ich hätte Professor TUCHTFELDT als Trottel bezeichnet, unwahr. Ganz im Gegenteil habe ich mich nie im entferntesten abfällig über den Genannten geäußert, zumal ich Herrn TUCHTFELDT als Menschen und als Wissenschaftler hoch schätze. Mögliche Mißverständnisse über meine Haltung zu Professor TUCHTFELDT können ebenfalls keineswegs auf irgend ein Verhalten meinerseits zurückgehen.

Erich STREISSLER

== == == ==

Jeden Donnerstag um 18 Uhr findet im Votiv-Espresso (Hinterzimmer) eine Leserkonferenz statt. Dort werden Artikel zur Diskussion vorgelegt, anschließend gehuldt oder auch zerrissen. Da die Artikelschreiber und die Artikelleser die politische Linie festsetzen, diese Mitbestimmung seitens der Artikelleser (die zu Artikelschreiber werden sollen) bisher aber nur durch Lesen des RBK oder durch Diskussion mit den Verteilern vor sich ging, und es in unserem Interesse liegt, die Kommunikation zu intensivieren, laden wir jeden ein, dorthin zu kommen.

NÄCHSTE LESERKONFERENZ: DONNERSTAG, DEN 2. JUNI UM 18 UHR.

ALTERNATIVE ZUR SCHAUDE
zeigt

D E R Z E R R I S S E N E

nach Johann Nestroy

SCHMERZ LACHEN UND SIECHTUM IM TREIBHAUS DER GELDARISTOKRATIE.

Eine Einladung in Form eines kurzen Briefes:

Liebe Genossinnen und Genossen!

Eure Aufmerksamkeit, eure Phantasie als unsichere Hoffnungen auf freundliche Lebenszusammenhänge nach den großen Kämpfen sind bedürftig, sich Orte ihrer Lebensmöglichkeit heute schon zu organisieren. Als an den verwalteten Medienverbund angeschlossene Leichen werden eure Tagträume möglichen Glücks in euren Privat-
heiten siech werden.

Mit zorniger Anstrengung versuchen wir, von den Bewußtseins-industriellen enteignetes Gelände eurer Hungrigkeit, der Bogierde nach dem Glück eurer Revolte als "Kulturbrigade" zu besetzen. Wenn wir aber eure Wahrnehmungsgewohnheiten vergessen, euren Interessen und Sehnsüchten in der "Zirkuskuppel" entschweben, werden wir uns als spezialisierte Schwerstarbeiter eurer Gegenkultur bloß an unserem eigenen Todeskampf abarbeiten.

Die Behörde will unseren Tod, nicht unser Leben:

Die vielen kleinen und großen Türsteher auf der Stufenleiter der Repression sind erst alle mit uferlosen Anträgen und beleidigenden Anhörungen zu überwinden, bis ein Bruchteil eines Promilles der gewöhnlichen staatlichen Kulturförderung sich "unverteilt".

(Unsere Theaterarbeit ist nicht kreditwürdig, Unterstützungen und Subventionen fließen an uns vorbei, um dort zu versanden, wo ihr wahrscheinlich nicht hinght.)

Dann die vielen Handlanger der indirekten Zensur und des versteckten Berufsverbots: Theatergesetz, bürgerliches Presse- und Rundfunkmonopol, aber auch die gleichgerichteten Erwartungshaltungen des Publikums. Ein Beispiel:

Ihr erwartet Beherrschung der theatralischen Mittel (Virtuosität der Schauspieler, Dramaturgie, Bühnenbild, Theaterlicht, ausgestalteter Aufführungsraum etc.) Das bedarf langer Vorarbeiten, wohlfeiler Handwerksarbeit in der Zeit der großen Industrie. Unsere Armut beschränkt die Produktion theatralischer Mittel : die Aufführung erscheint dürftig ,schlampig, abgemüht.

Wir haben für diese Theaterarbeit, die wir euch zu den angegebenen Aufführungszeiten vorstellen wollen, uns unter Bedingungen zerstörerischer Selbstausschöpfung abgekämpft. Werden wir es für eine weitere Produktion können?

Wir mußten uns verschlissene, abgespülte Theaterwaren aus verstaubten Kostüm- und Dekorationsdepots zusammenschleppen, um mit diesen traurigen Resten großer bürgerlicher Kunstanstrengung unseren ersten Teil der Bearbeitung der Nestroy'schen Posse "Der Zerrissene" im schlechtesten, spektakulärsten Sinne bühnengerecht zu machen. Wir abgetakelten Spezialisten der linken Theaterlust lachen uns selbstparolierend ins Fäustchen; ihr werdet so viel zu lachen haben, daß wir euch die traditionelle Hingabe an den schönen Schein verschmerzen werden.

Wir haben den Zerrissenen nicht nur aus privatökonomischen Gründen in zwei Teile zerlegt. Der erste Teil (der 1. Akt des Stückes, von uns mit Texteinschüben aus anderen Nestroy-Stücken garniert und montiert.) macht aus dem Wucher- und Spekulationskapitalisten der "ewigen" Wiener Börse, den sprichwörtlichen melancholischen Blut-saugern des Volks von Wien Theater, den musealen erschrockend lebendigen Helden der bürgerlichen alten Welt.

Helft uns, daß viele sich an dieser Verspottung des Kapitals und seiner Arschkriecher, ihrer kleinen Helfer und Aufseher in Kunst und Muße erfreuen mögen. Kommt möglichst zahlreich zu unseren Aufführungen. Euer Theaterbesuch hilft uns!

AUFFÜHRUNGEN : 11. JUNI 19.30 14. JUNI 19.30
 12. JUNI 19.30 15. JUNI 21.00

ORT : VOLKSHOCHSCHULE HIETZING
1130 Wien, Hofwiesengasse 48
(Straßenbahnlinien: 60, 62)

Kartenreservierungen: 82 03 53 EINTRITT: 40.-

Spendenkonto: Zentralsparkasse der Gemeinde Wien

Theatercoop. zur Schaubude 622 170 009

Zweite Diskussionsunterlage zum geplanten Teach-in über Atomenergie, das wir gemeinsam mit der juristischen Fakultät voraussichtlich am 6. oder 7. Juni veranstalten werden. Ort und genauer Termin werden noch bekannt gegeben.

ENERGIE UND AUSLANDSABHÄNGIGKEIT

Österreichs Energieversorgung ist in hohem Maße von Ausland abhängig. Der Anteil der Nettoimporte, der derzeit bereits 60 % des Bedarfs ausmacht, wird nach der Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes bis Ende der achtziger Jahre auf 80 % anwachsen.

Die regionale Verteilung der Energieimporte sieht folgendermaßen aus. 40 % wird aus den OPEC-Staaten importiert, 45 % aus den Comecon-Staaten, die restlichen 15 % vor allem aus Osteuropa. Dabei ist allerdings zu beachten, daß ca. 40 % der Rohölimporte von multinationalen Gesellschaften getätigt werden, sich die Abhängigkeit also um diese Dimension vergrößert.

Wenn man - was sehr problematisch ist - davon ausgeht, daß Atomenergie inländische Energie ist, und darauf verzichten wollte, um statt dessen andere Energieträger aus dem Ausland zu importieren, so würde sich die Auslandsabhängigkeit von 80 % auf 90 % erhöhen.

Atomenergie ist aber keine inländische Energie. Ein Teil der Komponenten für den Bau des Kraftwerkes muß importiert werden. (Dies kann allerdings auch für andere Kraftwerke zutreffen). Vor allem aber muß der Brennstoff eingeführt werden.

Die zugänglichen globalen und nationalen Daten über die Uranversorgung sind relativ unsicher, die verschiedenen Schätzungen weichen oft erheblich voneinander ab. Über die Oststaaten (inkl. China) sind keine Daten verfügbar. Vermutungen gehen dahin, daß die UdSSR, DDR, CSSR und China größere Reserven haben. Nach OECD-Untersuchungen verteilen sich die Reserven ($< 15 \text{ } \text{t U}_3\text{O}_8$) folgendermaßen:

Australien	22,5%	Südafrika	17,2 %	
Kanada	13,3 %	USA	29,6 %	Rest 17,4 %

Über vier Fünftel der Uranreserven liegen also in den vier Staaten Australien, Kanada, Südafrika, USA.

Dabei ist zu beachten, daß multinationale Ölkonzerne in den letzten Jahren be-

gannen, sich von der längerfristig sich erschöpfenden, aber vor allen "ausländischen" (d.h. nicht-amerikanischen, bzw. nicht-westlichen) Energiequellen langsam zu lösen und die Produktion alternativer Energieträger zu forcieren. Dazu zählt auch Uran. 45 % der US-Uranreserven werden von US-Ölfirmen kontrolliert.

Zu den bekanntesten Ölgesellschaften, die nach Uran suchen, gehören EXXON, Gulf, Atlantic Richfield, Getty, Kerr Mc Gee. (1) Beachtenswert ist, daß die vertikale Integration des Kernenergiesektors von zwei Seiten kommt. Einerseits beginnen Ölgesellschaften, die auch Uran abbauen, mit dem Bau von Kraftwerken. So baut eine Tochter von Gulf Oil, die Gulf Atomic, Kernkraftwerke. Andererseits beginnen Firmen, die bisher Reaktoren bauten (z. B. General Electric, Westinghouse, Babcock & Wilcox, Combustion Engineering), selbst Uran abzubauen.

Der größte Teil des Welturanmarktes wird (1972) von drei Gesellschaften dominiert:

1. Kerr-Mc Gee
2. Rio Tinto Zinc
3. Anglo American

Wobei Rio Tinto Zinc und Anglo American miteinander verschachtelt sind.

Anreicherung:

Da der Bau von Anreicherungsanlagen sehr kostspielig ist, können kleiner Staaten wie Österreich kaum selbst Anreicherungsanlagen bauen oder betreiben. Diese Arbeit wird also auf alle Fälle im Ausland gemacht werden müssen. Die USA und die UdSSR beherrschen diesen Sektor derzeit weitgehend. Mehr als 95 % der Produktionskapazitäten der OECD-Staaten befinden sich in den USA (Energy Prospects to 1985, OECD Paris/1974, Vol. II. S 196)

Die Anreicherung ist in den USA ein Monopol des Staates. Allerdings zeigen seit 1969 auch private Gesellschaften Interesse an der Anreicherung. Nixon hat am 18. 4. 1973 zu verstehen gegeben, daß der Staat zugunsten privater Firmen auf dieses Monopol verzichten könnte. Auch Präsident Ford hat sich dafür im Kongress eingesetzt. Besonderes Interesse haben daran die Uranium Enrichment Associates, UEA, ein Unternehmen, das von Bechtel & Goodyear Tire & Rubber getragen wird. Sie wollen in Dothan, Alabama, eine Anlage bauen, die ca 3,5 Mrd Dollar kosten wird (economist; July 1975; S 80). Die Anlage soll 1983 in Betrieb gehen. Goodyear ist derzeit schon Betreiber einer der USAEC/ERDA-Anlagen (atw; Juni 1975; S 284). Ursprünglich waren auch Westinghouse und Union Carbide an der UEA be-

(1) Dies ist offenbar der Zeitschrift "Sowjetunion Heute" entgangen. Dort kann man nämlich lesen, daß der Kampf gegen Kernkraftwerke von den Ölmultis angezettelt ist. Denn "Der Bau von Kernkraftwerken schränkt die Profite der Erdölmonopole ein." (SUH 10/76)

teiltigt, sie sind jedoch ausgeschieden (atw, S 284).

Die Anreicherung des in Bau befindlichen KKW Zwentendorf wird (laut Energieplan 1976) durch die Atomenergiekommission der USA erfolgen. Für das zweite KKW soll die Anreicherung von der TECHSTAB-EXPORT/Moskau vorgenommen werden. In der Versorgung mit Uran und Kernbrennstoffen bleibt Österreich aber auf alle Fälle von Ausland abhängig. Das Ausmaß der Abhängigkeit wird von der jederzeitigen Verfügbarkeit und der Vertragstreue der jeweiligen Verhandlungspartner abhängen.

Dazu der liberale Politiker und Sozialwissenschaftler Ralf Dahrendorf: "Als wir (die BRD) neue Verträge über die Urananreicherung abschließen wollten, haben sich die USA uns gegenüber benommen wie die Araber bei Öl." (Die Zeit, 8.2.74) Es wurde also auch den deutschen Politikern bewußt, "daß die deutschen Kernkraftwerke - seit Monaten als Alternative zu den mit Öl betriebenen Kraftwerken propagiert - ebenfalls von ausländischen Brennstofflieferungen abhängig sind." (Die Zeit, 25. 4. 75)

Diese Überlegung wird noch durch die jüngste Erklärung Präsident Carters, die kommerzielle Wiederaufbereitung zu stoppen, durch den verhängten Lieferstopp von angereichertem Uran aus den USA und das Exportembargo Kanadas für Natururan unterstrichen.

Bei Verzicht auf Kernenergie wird nicht nur das Schreckengespenst der Auslandsabhängigkeit an die Wand geholt, es kommt noch schlimmer: wir wären auf den (Atom)strom aus dem Osten angewiesen. Denn die Russen sind nicht so blöd wie wir, die bauen ja die Kernkraftwerke.

Das tun sie auch, allerdings nicht so schnell wie der Westen.

Ostblock (ohne Jugoslawien)		Europäische Gemeinschaft	
in Betrieb	26 KKW (7400 MW)	59 KKW	(14 700 MW)
in Bau	24 " (15900 ")	48 "	(40 600 ")
projektiert	10 " (5900 ")	36 "	(37 100 ")
geplant	11 " (9900 ")	29 "	(31 800 ")

*Der Verfasser ist natürlich nicht der Meinung wie Dahrendorf, daß man die imperialistische Außenpolitik der USA und die Forderungen der Erdöl-exportierenden Länder auf einen Nenner bringen kann.

Brauchen wir Kernenergie?

oder

einige trockene Zahlen zum Stromverbrauch in Österreich =====

Für den Zeitraum von 1975 bis 1980 rechnet das Österr. Institut f. Wirtschaftsforschung in seiner revidierten Prognose mit einer jährlichen Zuwachsrate des Stromverbrauchs von 5,3 %. Ursprünglich wurde der Zuwachs des Stromverbrauchs vom Wifo auf rund 6 % jährlich geschätzt. Die Elektrizitätswirtschaft glaubt daß der Stromverbrauch in den nächsten zehn Jahren um 6 bis 7 % jährlich zunehmen wird. Dieser Zuwachs entspricht vielleicht einem langfristigen Trend, nicht jedoch der Entwicklung in der jüngsten Zeit. Jahresdurchschnittlicher Zuwachs im Jahrzehnt 1965 bis 1975: 5,2 %, im Jahrzehnt 1970 bis 1975 gar nur 4,5 %.

Noch im Jahr 1976 plante die Elektrizitätswirtschaft den so prognostizierten Bedarf wie folgt zu decken:

in 1000 GWh (Gigawattstunden)

	1985	1990
Gesamtbedarf bei einer Wachstumsrate von 7 %	59,8	79,7
Deckung durch:		
Laufkraftwerke	20,0	22,0
Speicherkraftwerke	10,0	12,0
kalorische Krw.	17,3	19,9
Importe	5,3	5,3
nichtnukleare Deckung	52,6	59,2
Kernkraftwerke	7,2	20,5

Quelle: Wilhelm Erbacher, ÖZE 5/76

Das heißt also, daß die Kapazitäten, die nach den Ausbauplänen der Elektrizitätswirtschaft im Jahre 1985 zur Verfügung stehen werden, in der Lage sind 52.600 GWh Strom zu

Würde in Österreich der Stromverbrauch nicht sieben Prozent sondern nur sechs Prozent jährlich zunehmen, so würde der Verbrauch im Jahre 1985 53.000 GWh ausmachen und dieser Bedarf könnte im wesentlichen ohne Kernkraftwerke gedeckt werden. (siehe die Ausbaupläne der E-Wirtschaft). Es würde lediglich ein Rest von 1000 GWh verbleiben, der zweifellos mit Importen gedeckt werden könnte.

Wenn man jedoch annimmt, daß der Stromverbrauch in Österreich beispielsweise nur um 5,7 % jährlich zunimmt, so könnte man (siehe immer noch die Ausbaupläne der E-Wirtsch.) mit konventionellen Kraftwerken und den geplanten Importen durchkommen.

Nun, die E-Wirtschaft war so optimistisch. Sie hat ihre Bedarfsschätzungen im Oktober 1976 revidiert und einen jährlichen Verbrauchszuwachs von 5,7 % angenommen. (D.h. für 1984/85 47.300 GWh, für 1985/86 49.800 GWh). Auch der Energieplan 1976 war ähnlich optimistisch, dort wird mit Zuwachsraten von 5,6 % bis 1985 gerechnet.

Für die Zeit bis 1990 wird jedoch auch eine marginale Reduktion der Verbrauchszuwachsraten nicht ausreichen um ohne Kernenergie auszukommen. Es muß die Wachstumsrate schon stärker zurückgehen. Wenn man für das Jahr 1990 nichtnukleare Kapazitäten von 59.000 GWh annimmt, so wären ab 1985 Zuwachsraten von 2,4 % erforderlich. Wenn man jetzt schon beginnt den Strom sparsamer einzusetzen, d.h. die Zuwachsraten auf 4,3% reduziert, kann man das Ziel erreichen. Mit einer Reduzierung der Verbrauchszuwachsraten um ca. ein Fünftel könnte man auf Kernenergie verzichten.

Wie die Entwicklung nach 1990 aussehen wird, ist schwer zu sagen. Pessimisten wie der Chef der ÖNB Klenzl haben offenbar kein Vertrauen in die technische Entwicklung (vom Pessimismus, den sie strukturellen Änderungen entgegenbringen ganz zu schweigen) und sehen für eine Zukunft ohne Kernenergie schwarz. Sie blicken optimistisch in die Vergangenheit. Mehr Optimismus für die Zukunft wäre angebracht.

A c h t u n g - es gibt Neuigkeiten !!

Daß Kommunikation, Austausch von Informationen in unserer Zeit von besonderer Bedeutung sind, ist eine Binsenwahrheit. Daß Informationsmonopole oft gleichzusetzen sind mit Machtmonopolen ist eine Zweite. Herrschaftsstrukturen bleiben solange unangestastet, solange man sie nicht in Frage stellt und vor allem stellen kann.

Deshalb wurde vom neuen UOG die Institution der Institutsversammlung geschaffen, und dessen Bestimmungen von uns noch erweitert in die, in diesem Semester beschlossene Institutsordnung aufgenommen.

Nun, was soll das bedeuten, Institutsversammlung ? Gleich vorweg, Kaffeekränzchen ist es keines, obwohl wir nichts gegen Kaffee und Kuchen hätten - ist sicher kommunikationsfördernd. Nun, auf dieser Institutsversammlung soll sich alles treffen was Rang und Namen hat - oder auch nicht - Professoren, Studenten, Angestellte des Instituts und natürlich auch die Assistenten. Haben sich alle brav versammelt, dann soll " kommuniziert " werden, im Klartext, die Professoren werden berichten über ihre gesetzten Tätigkeiten im Semester, über Forschungsarbeiten und -schwerpunkte - sofern sie welche haben - Assistenten sollen erzählen über ihre Tätigkeiten und ihre Schwierigkeiten, Studenten sollen ihre Meinung dazu sagen, sollen fragen, Vorschläge machen, kritisieren - grundsätzlich soll über alle Angelegenheiten die uns alle betreffen gesprochen werden.

Diese Institutsversammlung soll zum ersten Mal an unserem Institut am Mittwoch, den 8. Juni 1977 um 14.00 Uhr im HS 28 stattfinden. Laut Institutsordnung entfallen zu diesem Zeitpunkt alle Lehrveranstaltungen, um allen die Möglichkeit zu bieten, aktiv an diesem " hearing " teilzunehmen.

Wir vom RBK wollen uns auch einige Dinge dazu überlegen. Wer dies gemeinsam mit uns tun möchte, soll am Dienstag, den 7. Juni zum Börsenkrächentreff kommen.

p.s.

Wie wir erfahren haben, soll auch Prof. Orosel, der ab nächstes Semester bei uns Wirtschaftstheorie lehren wird zu diesem Zeitpunkt in Wien sein und wahrscheinlich an der Versammlung teilnehmen.

